



Niederschrift

3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.12.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:35 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Klemund, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	ab 17:20 Uhr
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	
Frau von Halem, Marie Luise	Bündnis 90/Die Grünen	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Frau Krusemark, SB Recht
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Weise, Geschäftsstelle GB 4
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2008
- 2 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 08/SVV/0798
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3 Beschleunigung Wohnungskonzept
Vorlage: 08/SVV/0924
Fraktion DIE LINKE
- 4 BID (Business Improvement District)
Vorlage: 08/SVV/0943
CDU/ANW Fraktion
- 5 Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007
Vorlage: 08/SVV/0961
Stadtverordnete Ute Grimm, Carsten Herzberg und Lutz Boede, Die Andere
- 6 Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung
Vorlage: 08/SVV/1082
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008
Vorlage: 08/SVV/1028
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 7.2 Erfahrungen mit der Stadtordnung
gemäß Vorlage: 08/SVV/0531 und 08/SVV/0874
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglie-

der des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um eine Information zum Qualitätsmanagement im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen und auf Bitte der Fraktion DIE LINKE um eine Information zum Sachstand „Archiv e.V.“ und zur Johannsenstraße als möglichen Standort für die Jugendkultur zu erweitern. Gleichzeitig sollte in diesem Zusammenhang die Mitteilungsvorlage, DS 08/SVV/1101 „Neue Konzepte für die sozio- und jugendkulturellen Einrichtungen“ behandelt werden.

Im Weiteren schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 2, Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH, DS 08/SVV/0798, zurückzustellen, da noch Rücksprachen mit der Handwerkskammer erforderlich seien und auch der Ausschuss für Finanzen diese DS noch nicht behandelt habe. Ebenso soll der Tagesordnungspunkt 4, BID (Business Improvement District), DS - 08/SVV/0943, in Abstimmung mit der Antragstellerin bis März 2009 zurückgestellt werden; dies sei ebenso im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vereinbart worden. Ebenso zurückgestellt werden soll der Tagesordnungspunkt 5, Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007, DS 08/SVV/0961, da dieser auch in der Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalt“ und in den Ausschuss für Finanzen überwiesen wurde und beide Gremien dazu noch nicht beraten haben. Gleiches gelte in diesem Zusammenhang für den Tagesordnungspunkt 7.1 und die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage DS 08/SVV/1028. Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 2. Sitzung des Hauptausschusses vom 26. November 2008 verweist Frau Dr. Müller auf die Zusage, die Stellungnahme zur Klage gegen die Kommunalverfassung dem Protokoll als Anlage beizufügen bzw. diese noch vor der Sitzung der StVV am 3.12.2008 auszureichen; beides sei nicht passiert. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er in diesem Zusammenhang darauf verwiesen habe, dass Herr Prof. Dr. Dombert ca. 14 Tage benötige, um die Stellungnahme schriftlich vorzulegen. Mittlerweile sei diese bei Herrn Exner eingegangen und werde nun dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt. Weitere Hinweise oder Änderungen gibt es nicht; das Protokoll wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH

Vorlage: 08/SVV/0798

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

zurückgestellt

zu 3 Beschleunigung Wohnungskonzept

Vorlage: 08/SVV/0924

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und betont, dass es Anliegen dieses Antrags sei, das Wohnungskonzept so zügig wie möglich zu erarbeiten. Die mit der Drucksache 08/SVV/1073 ausgereichte Mitteilungsvorlage „Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Bericht zum Stand der Erarbeitung und den weiteren Schritten“ habe mehr Fragezeichen als Antworten gebracht und deshalb müsse die schnellstmögliche Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes das Ziel sein.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass bereits ein sehr enger Zeitplan vorgelegt worden sei und Herr Schubert wirft die Frage auf, wie realistisch eine Verkürzung des Erarbeitungszeitraumes überhaupt sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass sowohl die öffentliche Ausschreibung als auch die Auswahl und Beauftragung des Büros erst mit der Haushaltsgenehmigung erfolgen konnte und sich somit der Zeitplan um etwa ein Quartal verschiebe. Eine Verkürzung der Bearbeitung würde der Bedeutung des Themas für die Stadt nicht gerecht werden und zu Lasten der Qualität gehen.

Im Oktober habe es die Bietergespräche und die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt gegeben und nun arbeite das beauftragte Büro. Bis zum Januar 2009 erfolge die Bestandsaufnahme und eine Analyse, so dass im Januar 2009 die Zwischenergebnisse in dem zu bildenden projektbegleitenden Arbeitskreis vorgestellt werden können. Im März werden die Ergebnisse der Analyse und die möglichen Handlungsoptionen in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt und im April sei die Ableitung von Handlungsvorschlägen geplant, die mit dem genannten Arbeitskreis abzustimmen seien. Im Juli soll das Konzept fertiggestellt sein und es finde eine öffentliche Veranstaltung zu den Ergebnissen statt, so dass im Sommer die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass nichts Unmögliches möglich gemacht werden solle, sondern im Ergebnis ein qualitativ hochwertiges Konzept vorgelegt werden müsse. Somit sei der im Antrag der Fraktion DIE LINKE genannte Termin unrealistisch. Wenn man sich auf die in der Mitteilungsvorlage genannten Terminstellungen verbindlich einigen könne, sei das Anliegen des Antrags damit erfüllt.

Nach dem Hinweis, dass die Stadtverordnetenversammlung im Juli 2009 keine Sitzung mehr habe und somit die Vorlage bereits im Juni eingebracht werden müsse, verweist Frau Dr. von Kuick-Frenz darauf, dass das mit den dafür notwendigen Vorläufen nicht zu schaffen sei. Wenn die Ergebnisse im Juli aufbereitet werden, könne die Vorlage erst zum September eingereicht werden. Dann, so Herr Dr. Scharfenberg, sind die Unterlagen im Juli auszureichen, um eine langfristige Vorbereitung sichern zu können.

Einigung wird letztlich darüber erzielt, dass das Konzept im Juli fertiggestellt und in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werde. Die Fraktionen erhalten die Unterlagen zeitnah im Vorfeld dieser öffentlichen Veranstaltung.

zu 4 **BID (Business Improvement District)**
Vorlage: 08/SVV/0943
CDU/ANW Fraktion

zurückgestellt bis März 2009

zu 5 **Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007**
Vorlage: 08/SVV/0961
Stadtverordnete Ute Grimm, Carsten Herzberg und Lutz Boede, Die Andere

zurückgestellt

zu 6 **Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung**
Vorlage: 08/SVV/1082
Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Für Mehraufwendungen für Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 19, 27 ff. SGB VIII (Produkt 36330) werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 269.400 EUR bewilligt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008
Vorlage: 08/SVV/1028
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

zurückgestellt

zu 7.2 Erfahrungen mit der Stadtordnung
gemäß Vorlage: 08/SVV/0531 und 08/SVV/0874

Frau E. Müller verweist auf die Zusage der Verwaltung aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 15. Oktober d. J., einen qualitativ nachgebesserten Bericht mit Schlussfolgerungen bis zum Ende des Jahres vorzulegen und das dazu schriftlich ausgereichte Material mit Datum vom 24. November 2008 – ausgeht am 03.12.2008. Mit dieser tabellarischen Darstellung sei der Auftrag erfüllt. Frau Dr. Müller fragt nach, ob sich aus der Häufigkeit der Nachfragen von Bürgern zu bestimmten Bereichen die Notwendigkeit von Änderungen in der Stadtordnung ableiten lassen. Frau Kluge entgegnet, dass dies kein Anlass für Änderungen sei, da die Stadtordnung sowohl im Vorfeld mit den Fraktionen und Ausschüssen kommuniziert wurde, als auch in der jetzigen Anwendung mit den Bürgern. Nachfragen können erläutert und dann von den Bürgern auch nachvollzogen werden.

neu Neue Konzepte für die sozio - und jugendkulturellen Einrichtungen Waschhaus und Lindenpark
Vorlage: 08/SVV/1101

Sowie Information zum Sachstand Archiv e.V. und zur Johannsenstraße als möglicher Standort für Jugendkultur
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Fischer erläutert eingangs die in der Mitteilungsvorlage enthaltenen Informationen.

Des Weiteren berichtet sie von der Anlaufberatung mit den Gesellschaftern der neu zu gründenden g.GmbH. Man habe sich auf Grund der notwendigen Vorlaufzeiten darauf verständigt, den Beginn der Förderung auf den 1.2.09 zu legen. Bis dahin werde der Insolvenzverwalter die Geschäfte weiterführen.

Frau E. Müller ergänzt die Ausführungen bezüglich des Lindenparks und verweist auf Gespräche zur Klärung der Personalausstattung und der Finanzierung, die Ende der Woche erfolgen werden. Bezüglich des Archiv e.V. habe es mehrere Gespräche gegeben und seitens des Archiv e.V. sei eine Firma benannt worden, die ein Brandschutzkonzept erarbeite.

Frau Dr. Schröter fragt nach, wie in der Übergangszeit bis zum 01.01.2009 die Angebote der Einrichtungen Waschhaus und Lindenpark gesichert seien. Frau

Fischer entgegnet, dass für beide der Zeitraum des Insolvenzverfahrens um 4 Wochen verlängert wurde, so dass ein nahtloser Übergang gesichert sei. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die seiner Auffassung nach sehr vagen Informationen zur Johannsenstraße in der letzten Sitzung des Hauptausschusses und die am darauf folgenden Tag sehr konkreten Informationen in der Presse. Da diese Informationen in der Hauptausschusssitzung keine Rolle gespielt haben, fragt er, wer die Verantwortung für die Entwicklung dieses Standortes habe und das vorantreibe. Auf die Pressemitteilungen Bezug nehmend betont Frau Fischer, dass sie keine Gespräche zwischen der Pro Potsdam und dem Spartacus kenne; ebenso kein gesondertes Angebot seitens der Pro Potsdam. Dies, so der Oberbürgermeister, sei auch ihm nicht bekannt. Im weiteren Meinungsaustausch fragt Herr Dr. Scharfenberg nach einer Koordinierung der Angelegenheit, betont Herr Schubert, dass er die Äußerungen von Herrn Müller-Zinsius eher als persönliche Meinungsäußerung empfunden habe, was durchaus legitim sei und betont der Oberbürgermeister, dass entsprechende Informationen seitens der Pro Potsdam an ihn weitergegeben worden wären. Da es diese nicht gegeben habe, habe es auch keine separaten Verhandlungen gegeben. Frau Dr. Müller bittet abschließend um eine Information nach Abschluss der Gespräche.

neu Qualitätsmanagement im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf das schriftlich ausgereichte Material zur Darstellung der Funktionalität der Clearingstelle und einen Flyer sowie die neue Broschüre „Bauen und Sanieren in Potsdam“.

Anschließend erläutert Frau Dr. von Kuick-Frenz die Abläufe innerhalb der Clearingstelle, deren Struktur, Zusammensetzung und Zusammenarbeit mit den Bereichen und Fachbereichen der Verwaltung. Im Ergebnis der Evaluation sei durch den Gutachter Herrn Dr. Michael festgestellt worden, dass die Einrichtung und Tätigkeit der Clearingstelle ein Erfolg sei. Diese sei in der Bundesrepublik auf kommunaler Ebene einmalig und sonst nur an Verwaltungsgerichten zu finden. Deshalb sei man mit Recht stolz auf diese Einrichtung, die sehr gut geeignet sei, Interessen auszugleichen bzw. Kompromisse zu finden. Mit der Unterbreitung weiterer Optimierungsvorschläge sei man auf einem guten Weg. Ebenso habe man entsprechende Software installiert und einzelne Textbausteine erarbeitet, um die Bearbeitungszeiten zu optimieren und dem Vorwurf der Ungleichbehandlung zu begegnen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er froh über die Entscheidung sei, das Verfahren auch wissenschaftlich begleiten zu lassen, was den Prozess effektiviert habe. Dadurch können jetzt gute Ergebnisse vorgezeigt werden und auch zukünftig werde es diese Begleitung geben.

Frau Dr. Schröter fragt anschließend nach, in welcher Größenordnung die Clearingstelle angelaufen werde, denn einerseits spreche die Inanspruchnahme dafür, dass dies angenommen werde, andererseits müsse man dann annehmen, dass es in den Abläufen Probleme gebe. Ebenso wolle sie wissen, wie hoch der Anteil sei, bei dem die Clearingstelle nicht helfen konnte und wie die „Durchlaufgeschwindigkeit“ bei Baugenehmigungsverfahren sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass sich die Befürchtung einer sehr hohen Inanspruchnahme der Clearingstelle nicht bestätigt habe und gegenwärtig 15 Verfahren laufen. Da das oberste Gebot in der Arbeit der Clearingstelle die Verschwiegenheit sei, könne sie zu den einzelnen Verfahren keine näheren Auskünfte geben. Allerdings seien mehr als die Hälfte positiv verlaufen. Mit Einrichtung der Clearingstelle und der Einführung eines Frühwarnsystems konnte eine gute Information und Zusammenarbeit mit den Antragstellern erreicht werden. Dies habe auf die „Durchlaufgeschwindigkeit“ keinen Einfluss, aber auch hier sei die Verwaltung dabei, die Genehmigungsverfahren zu optimieren, so z.B. durch

Strukturveränderungen und die Schaffung einer Vorprüfung. Derzeit betrage die durchschnittliche Bearbeitungsdauer dreieinhalb Monate.

Frau Dr. Müller verweist auf die Ausführungen in der Broschüre „Bauen und Sanieren in Potsdam“, Seite 12, zum Verhandlungsleiter und fragt, wie diese Funktion personell punktuell oder dauerhaft besetzt sei.

Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass Juristen aus dem Baubereich sowie aus dem Bereich Recht die Funktion wahrnehmen und darüber hinaus auch Mitarbeiter aus den betroffenen Fachbereichen hinzugezogen werden, allerdings nicht die, die den Vorgang bearbeiten. Derzeit seien acht Kollegen und Kolleginnen einbezogen, wobei diese Anzahl zukünftig reduziert werden soll und der Focus mehr auf die Qualifizierung der Verhandlungsleiter gerichtet werde. Für jedes Verfahren werde der Verhandlungsleiter neu benannt. Herr Weise ergänzt diese Ausführungen und betont, dass zukünftig die 8 Verhandlungsleiter auf 4 reduziert werden sollen und diese 4 aus der Geschäftsstelle des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen und aus dem Bereich Recht ausgewählt werden. Dies solle u.a. Doppelbefassungen und Doppelfunktionen von Mitarbeitern vermeiden. Ziel sei die Schaffung einer dauerhaften Institution, die bei Bedarf zusammengerufen werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie viele Verfahren bereits die Clearingstelle durchlaufen haben, entgegnet Herr Weise, dass es 15 Verfahren insgesamt gegeben habe, wovon 10 schon „durchgelaufen“ seien. In wesentlich mehr Fällen habe es eine Beratung gegeben; bei diesen sei es erst gar nicht bis zu einer Verhandlung vor der Clearingstelle gekommen, weil vorher eine Klärung erfolgt sei.

neu Information zum Gruppenstatus in der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner verweist in seinen Ausführungen auf das Schreiben des Ministeriums des Innern vom 02. Dezember 2008. Darin werde ausgeführt, dass die Gemeinden nach Art. 2 Abs. 2 GG und Art. 97 BbgVerf das Recht haben, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in organisatorisch-verfahrensrechtlicher Hinsicht selbst zu regeln, wozu auch das Recht zu einer eigenständigen Organisation der Verwaltungsgliederung einschließlich der Regelungen der Rechtsverhältnisse innerhalb der Gemeindevertretung zählen. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sehe keine Gruppen vor, kenne nur die Fraktionen und weise diesen ausdrücklich eigene Befugnisse zu. Dafür habe der Gesetzgeber in § 32 Abs. 1 BbgKVerf gestaffelte Mindeststärken festgelegt und ausdrücklich nur Fraktionen Rechte eingeräumt, so dass die Gemeinden keine eigenen Regelungen dazu treffen können. Im zweiten Teil des Schreibens, so Herr Exner, wird darauf verwiesen, dass der Gesetzgeber zur Finanzierung der Fraktionen keine Regelungen getroffen habe und es damit in dieser Hinsicht auch keine Einschränkungen gebe. Zu beachten seien jedoch die auch für Zuwendungen an die Fraktionen zu beachtenden Grundsätze, wie das Verbot der Doppelentschädigung und die versteckte Parteienfinanzierung. Im Weiteren wurde in dem Schreiben ausdrücklich darauf verwiesen, dass Gruppen nicht mit den gleichen organchaftlichen Aufgaben wie Fraktionen ausgestattet werden dürfen. Die Zulässigkeit von Zuwendungen hänge davon ab, wie diese rechtlich ausgestaltet seien sowie ob und ggf. inwieweit Gruppen organchaftliche Aufgaben übertragen werden.

Der Oberbürgermeister führt im Weiteren aus, dass er sich mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung dazu verständigt habe. Die Stadtverordnetenversammlung habe mit ihrem Beschluss aus der letzten Sitzung einen Status geschaffen, der dem o. g. Schreiben Rechnung trage. Was nun noch in Rede stehe, sei die Finanzierung für diejenigen, die einen Gruppenstatus haben, damit auch sie ihren Aufgaben gerecht werden können. So werde es für die nächste

Sitzung der StVV einen Vorschlag geben, dass Gruppen keine Grundfinanzierung, aber eine Pro-Kopf-Zuwendung erhalten werden, die den in dem Schreiben genannten Grundsätzen Rechnung tragen werde.

Herr Schubert führt aus, dass er froh über die schnelle Reaktion des Ministeriums des Innern sei und damit der Vorwurf, man wolle das in Kenntnis einer langen Bearbeitungszeit verschleppen, ausgeräumt werden konnte. Nun sei die Frage sauber geklärt und es sei klar, Gruppen sind möglich und einer finanziellen Regelung stehe nun nichts mehr im Wege.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf Gespräche mit Verantwortlichen aus dem Ministerium des Innern zu Problemen mit der neuen Kommunalverfassung, in deren Rahmen er die Gelegenheit hatte, auch zum Gruppenstatus nachzufragen. Jetzt ergehe die Bitte an die Verwaltung, einen entsprechenden Vorschlag nach einer sauberen Prüfung der Abgrenzung zu Fraktionen vorzulegen und evtl. Regelungen in die neue Hauptsatzung bzw. Geschäftsordnung aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass das in Vorbereitung sei, es aber in erster Linie nicht die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung frequentiere, sondern den Beschluss zur Fraktionsfinanzierung.

zu 8 Sonstiges

Sitzung des Hauptausschusses im Januar 2009

Der Oberbürgermeister verweist auf die Beschlussfassung zum Sitzungskalender 2009 in der letzten Sitzung der StVV und die Entscheidung, den Sitzungstermin für den Hauptausschuss im Januar 2009 individuell zu entscheiden, da der geplante Termin am 14.01.09 wegen der Abschlussveranstaltung zum Bürgerhaushalt nicht funktioniere. Er schlägt in Absprache mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses vor, die Sitzung des **Finanzausschusses auf den 07.01.09 vorzulegen** und dafür die **Hauptausschusssitzung am 21.01.09** durchzuführen. Das habe in erster Linie den Hintergrund, dass eine Hauptausschusssitzung am 07.01.09 keinen Sinn mache, weil alle Fachausschüsse erst danach tagen und demzufolge ihre Voten für den Hauptausschuss nicht vorliegen würden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Ampelschaltung Hortsweg

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Ampelschaltung am Hortsweg dahingehend zu überprüfen, dass diese nicht zu einem Rückstau führe, der bis auf die Schnellstraße reiche. Hintergrund sei, dass die bislang vorhandenen zwei Linksabbiegespuren auf eine reduziert und wahrscheinlich die Ampelschaltung nicht angepasst worden sei.

Ausschreibung der Geschäftsführerstelle Luftschiffhafen

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die genannte Terminstellung, das Ausschreibungsverfahren bis 13.12.08 durchführen und die Stelle bis Januar 2009 besetzen zu wollen. Das halte er für ein ehrgeiziges Ziel und frage sich gleichzeitig, wie die StVV einbezogen werden solle, die erst Ende Januar wieder tage und auch erst dann darüber entscheiden könne. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass der entsprechende Beschluss der StVV so interpretiert werde, dass die StVV einen Beschluss zum Geschäftsbesorgungsvertrag fasse und damit gleichzeitig den über die Besetzung der Stelle. Damit werde das nicht zum 01.01.09, sondern erst nach dem 28.01.09 vollzogen werden können.

Tierheim

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf eine Pressemitteilung und Information über ein Schreiben der Verwaltung vom 04. Dezember 2008, in dem einer Tierärztin aus dem Umland mitgeteilt werde, dass die Stadt mit dem Pfötchen-hotel Beelitz einen Fundtierbetreuungsvertrag für das Jahr 2009 abgeschlossen habe. Dieses Schreiben liege ihm persönlich vor und er frage sich, was das soll, denn in der StVV vom 03.12.08, die bis in die späten Abendstunden tagte, habe es ganz andere Informationen gegeben. Damit werde das Misstrauen bedient, dass der ganze Prozess doch nicht vorurteilsfrei vonstatten gehe.

Frau E. Müller betont, dass auch sie über den Presseartikel entsetzt war und dies sofort geprüft habe. In dem Brief habe sich ein Schreibfehler eingeschlichen, denn hier wurde Bezug genommen auf den Vertrag aus dem Jahr 2008. Die Ausführungen zur Sitzung der StVV am 03.12.08 bestätige sie nachdrücklich, dass es keinen Vertrag für 2009 gebe, sondern die genannten Schritte des Verfahrens genauso eingehalten und durchgeführt werden.

Frau B. Müller bittet diese Aussage in das Protokoll aufzunehmen.